Österreich und der deutsche Bundesstaat.

Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte (1848—1849).

Von

Hans v. Zwiédineck.

Zu den interessantesten Problemen der neuesten deutschen und österreichischen Geschichte zählt die Frage, ob die Gründung eines deutschen Bundesstaates durch die deutsche Nationalversammlung im Einvernehmen mit den deutschen Fürsten und Regierungen möglich gewesen wäre. Sie hängt innig mit anderen Fragen zusammen, die sich schwer beantworten lassen, ohne zu Mutmassungen Zuflucht zu nehmen oder sich ganz von individuellen Anschauungen leiten zu lassen. Dazu gehört die Frage nach der inneren Entwicklung des Frankfurter Parlamentes, die Frage, ob es anzunehmen sei, dass die Opposition und Obstruktion der demokratischen und republikanischen Linken von der monarchischen und konstitutionellen Mehrheit hätte überwunden werden können? Sehen wir aber von einem Zweifel in dieser Richtung ab und nehmen wir an, dass eine bejahende Antwort völlig berechtigt sei, so tritt uns sofort das österreichische Problem Lösung heischend entgegen, das Verlangen nach einer Entscheidung darüber, ob eine freiwillige Zustimmung Österreichs zum Gagern'schen oder kleindeutschen Programm denkbar und möglich gewesen wäre?

Hiezu einige Beiträge von Zeitgenossen des ersten deutschen Parlamentes zu geben, ist die Bestimmung dieses Aufsatzes. Sie stammen aus dem gräfl. Meran'schen Archiv zu Graz, in das auch das Archiv des Reichsverwesers Erzherzog Johann übergegangen ist. Der gegenwärtige Besitzer desselben Se. Exzellenz Herr Dr. Johann Graf von Meran hat mir gütigst gestattet, von dem Inhalte seines Archives für meine Darstellung der Geschichte des Deutschen Bundes und des

Franfurter Parlamentes Kenntnis zu nehmen; der Reichtum an Nachrichten, den es bietet, ist jedoch so gross, dass ich dort nur auf den kleinsten Teil davon hinweisen konnte. Es wird jedenfalls in nicht zu ferner Zeit zu einer umfassenden und systematischen Veröffentlichung dieser hervorragende Quelle für die Geschichte des 19. Jahrhunderts kommen müssen; bis dahin möchte ich jedoch einzelne Partien selbständig behandeln, durch die manche bis jetzt feststehende Ansicht von der „Notwendigkeit“ der tatsächlich gewordenen gewaltsamen nationalen Staatenbildungen erschüttert werden kann.

Unmittelbar nach dem Frankfurter Septemberaufstande, der durch Anton von Schmerlings, des Ministerpräsidenten der deutschen Zentralgewalt, Umsicht, Energie und militärisches Geschick innerhalb 24 Stunden unterdrückt worden war, sah sich die deutsche Nationalversammlung in die Notwendigkeit versetzt von der bequemen und zu den schönsten oratorischen Leistungen Aulass bietenden Beratung theoretischer „Grundrechte“ zu der Kodifizierung des Wesens des künftigen deutschen Staates, zur Aufzählung der Bestandteile des zu schaffenden „Deutschen Reiches“ überzugehen. Nun hiess es aus dem Nebel patriotischer Wünsche und Hoffnungen in die helle Wirklichkeit praktischer Entscheidung herauszutreten und die bisher bestandenen Verhältnisse in neue Formen hinüberzuleiten. Die ersten drei Paragraphen des Verfassungsentwurfes, die der dazu berufene Ausschuss ausgearbeitet hatte, enthielten bereits Bestimmungen, die mit dem Fortbestande einer einheitlichen österreichischen Monarchie unvereinbar waren; man konnte sich nicht darüber täuschen, dass das Parlament sie entweder abändern oder dass man davon abstehe musste, auch die deutschen Kronländer des Kaisertums Österreich in den deutschen Bundesstaat aufzunehmen. Es wird allgemein angenommen, dass der Präsident der deutschen Nationalversammlung, Heinrich v. Gagern, der erste unter den deutschen Staatsmännern gewesen sei, der sich für die Trennung Österreichs von Deutschland entschied und das sogenannte „kleindeutsche Programm“ entwickelte, dem sich später die Mehrheit des Parlamentes anschloss.

In einer formlosen Versammlung von etwa 30 Abgeordneten, die er abends zu sich geladen hatte, trat Gagern zum erstenmal offen der von Schmerling und den Österreichern vertretenen Ansicht entgegen, dass sich durch „Modifikationen“ der vorgeschlagenen Paragraphen „Vom Reich“ der Eintritt Österreichs in einen deutschen Bundesstaat mit einer Volksvertretung ermöglichen lassen werde. „Es ist unserer grossen Aufgabe nicht angemessen“ sagte er, „der Hauptschwierigkeit.

einer deutschen Verfassung unschlüssig aus dem Wege zu gehen. Wir wollen und sollen nicht eine verschiebende und ausweichende Diplomaten-Versammlung sein, wir wollen und sollen eine konstituierende Versammlung sein. Konstituieren wir also!“ Und nun zeichnete er, wie ein Teilnehmer jener Versammlung, Heinrich Laube, berichtet, mit wenig Strichen die zwei Notwendigkeiten für Deutschland, welche vorlägen. Der Bundesstaat sei für Deutschland eine Notwendigkeit und — die Erhaltung Österreichs sei ebenfalls eine Notwendigkeit für Deutschland. Es sei falsch, falsch unter allen Gesichtspunkten, auf die Zertrümmerung Österreichs zu spekulieren. Aus alledem folge denn: Österreich könne nicht in den deutschen Bundesstaat gezogen werden, und es müsse ein weiterer Bund mit Österreich gegründet werden.

Gagerns Worte machten damals keinen tiefen Eindruck, man wollte durchaus nicht glauben, dass man zu so schroffer Parteinahme genötigt sein werde; jedenfalls schien es — während Fürst Windischgrätz sich erst anschickte das rebellische Wien zu unterwerfen — verfrüht, das deutsche Verfassungsproblem so scharf zuzuspitzen, fast alle seine Freunde rieten Gagern ab, seine Ansicht weiter zu entwickeln. „Sein Bruder Max in erster Linie. Später auch sein alter Vater, welchem er eine Skizze nach Hornau hinausgeschickt hatte. Dieser achtzigjährige Staatsmann kam zuweilen herein und sprach sich ausführlich über die Idee seines Sohnes Heinrich aus. Er teilte sie nicht und behandelte sie ganz unbefangen tadelnd als die eines Fremden. Dieser Sohn Heinrich aber, das energische Element in der Familie, hörte Dies und Anderes ruhig an und — blieb bei seiner Meinung“. (Laube).

Zu derselben Zeit, als man in Frankfurt die Gründung eines deutschen Staatswesens noch für gewiss hielt, in das auch die deutsch-österreichischen Länder aufgenommen werden würden, als man das Gagern'sche Programm noch gar nicht ernst zu nehmen geneigt war, hatte sich ein österreichischer Diplomat bereits amtlich dahin ausgesprochen, dass es den österreichischen Staatsinteressen entsprechen werde, die engere Verbindung mit Deutschland aufzugeben und sich mit einem Bündnisse zwischen beiden Staaten zu begnügen. Vom 4. Oktober 1848 ist die Staatsschrift datirt, die der österreichische Bevollmächtigte bei der deutschen Zentralgewalt, Ferdinand Freiherr von Mensshengen¹⁾, an den Leiter des Ministeriums des

¹⁾ Die Mensshengen gehören seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts jenen österreichischen Beamtenfamilien an, die vorzugsweise im auswärtigen Dienste und in der Staatskanzlei verwendet wurden. Franz Martin wurde am 10. Dezember 1668 als k. Reichs-Referendar in der „deutschen Expedition“ an-

Äussern und des kaiserlichen Hauses, Johann Philipp Freiherrn von Wessenberg, gerichtet hat. Ihr Inhalt soll im Nachfolgenden grösstenteils dem Wortlaute nach mitgeteilt werden¹⁾.

Memorandum über die Stellung Österreichs zu der neuen Gestaltung eines deutschen Bundesstaates.

In der deutschen konstituierenden Nationalversammlung und von der Journalistik wird immer nachdrücklicher darauf gedrungen, dass Österreich seine Stellung zu Deutschland ins Klare setze. Die hierauf bezüglichen Anträge wurden zuerst durch die bekannte Erklärung des k. k. Ministeriums in der Wiener Zeitung v. 21. April d. J. hervorgerufen, worin die besondere Zustimmung zu jedem Beschlusse der Bundesversammlung unbedingt vorbehalten und gleichzeitig bemerkt wurde, dass — insofern Letzteres mit der Wesenheit eines Bundesstaates nicht vereinbarlich erkannt würde, Österreich nicht in der Lage wäre, einem solchen beizutreten. Dieser wohlbegründete Vorbehalt fand sogleich Widerspruch im Vor-Parlament zu Frankfurt am 26. April; jedoch ohne weitere Folge.

Als später am 18. Mai die deutsche konstituierende Nationalversammlung zu Frankfurt eröffnet wurde, und aus Böhmen kaum der achte Teil der Abgeordneten erschien, auch die k. k. Regierung die Vornahme der rückständigen Wahlen nicht betrieb, erhielt der Zweifel an Österreichs kräftiger Verschmelzung mit Deutschland frische Nahrung; mit gleichem Nachdruck wurde gegen dieses Versäumniss und gegen das fortdauernde österreichische Geld-Ausfuhrverbot Seitens der Nationalversammlung im Wege förmlicher Beschlüsse vorgegangen. Aus demselben Gesichtspunkte wurde von einer Fraktion die Feier der dem Reichsverweser darzubringenden und von dem Reichskriegsminister auf den 6. August anberaumten Huldigung der zum Bundes-Kontingent gehörigen kais. österr. Truppen als ungenügend und als ein Zeichen mangelhafter Anerkennung der prov. Zentralgewalt für Deutschland dargestellt.

Der Gedanke eines Aufgehens des bundespflichtigen Teils des Kaisertums Österreich in Deutschland suchte nicht nur in der Nationalversammlung als eine politische Notwendigkeit bei jedem Anlasse volle Geltung zu erlangen, sondern er trat auch als ein zur Kontroverse gar nicht mehr zugelassener Grundsatz aus der Verordnung der Zentralgewalt vom 30. August über die von den Regierungs-Bevollmächtigten ihr gegenüber einzunehmenden Stellung deutlich hervor. Diese

gestellt, sein Sohn Franz Wilhelm, der die Herrschaft Thernberg erwarb und Mitglied der deutschen Reichsritterschaft am Rhein ward, bekleidete die Stelle eines Reichshofrats-Sekretärs. Franz Xaver (geb. 1798) war k. k. Hof- und Ministerialrat im Ministerium des Äussern, Ferdinand (geb. 1801) k. k. Kämmerer und a. o. Gesandter.

¹⁾ Das k. u. k. Staatsarchiv in Wien besitzt die Originale dieses sowie des später noch zu erwähnenden Aktenstückes nicht. Einer Mitteilung des Herrn Sektionsrates Joh. Paukert zufolge weisen die Bestände von Oktober bis Dezember 1848, sowie im ganzen Jahr 1849 in den deutschen und Bundes-Angelegenheiten grosse Lücken auf.

einseitige Vefügung stand in offenbarem Widerspruche mit der oben erwähnten österreichisch. Ministerial-Erklärung v. 21. April; ja sie kann als ein faktischer öffentlicher Protest gegen dieselbe betrachtet werden. Allerdings wird billiger Weise anerkannt werden, dass die Zentralgewalt den Zweck ihrer Einsetzung am sichersten durch ein solches imperatives — von der öffentlichen Meinung begünstigtes Vorschreiten gegen die Einzel-Regierungen zu erreichen hoffen durfte und dass somit das Reichsministerium hiedurch den Erzherzog Reichsverweser auf den in die Zeitverhältnisse passenden Standpunkt führte. Auf der anderen Seite konnte das kaiserliche Kabinet stillschweigend sich bei seiner vorausgegangenen Verwahrung des bisherigen Bestandes der Oesterreichischen Souverainitäts Rechte umsomehr beruhigen, als die Central Gewalt ein provisorisches Institut ist und der Vorbehalt in der k. k. Ministerial Erklärung sich auf die definitive Konstituierung Deutschlands bezieht. Erst wenn diese Letztere sich in einer Weise gestalten sollte, welche im Voraus mit aller Loyalität von dem k. k. Ministerium als die notwendige Veranlassung zum unvermeidlichen Austritte Österreichs aus dem deutschen Föderativverbände bezeichnet worden ist; erst dann ist es an der Zeit, der eventuell erteilten Mahnung eine praktische Folge zugeben.

Die jüngsten Ereignisse in dem österr. Kaiserstaate setzen die k. k. Regierung in den Fall, die von ihr um keinen Preis aufzugebenden Lebensbedingungen des Gesamtreiches öffentlich darzulegen. Im vollsten Einklange mit dem § 1 der Konstitutionsurkunde vom 25. April d. J., welcher wörtlich also lautet: „Sämmtliche zum österr. Kaiserstaate gehörige Länder bilden eine untrennbare konstitutionelle Monarchie“, steht die offizielle Erklärung, welche der k. k. Ministerpräsident Freiherr von Wessenberg am 19. September auf dem Reichstag zu Wien unter dem Beifall der Mehrheit dahin abgegeben hat, dass es die Absicht der k. k. Regierung sei, unter gleicher Berechtigung aller Nationalitäten die Bande zwischen Ungarn und dem Gesamtreiche immer fester zu schlingen. Gleichzeitig wurde die von dem k. k. Ministerium über diese Angelegenheit unterm 31. August gefertigte Staatsschrift veröffentlicht. Es wird darin, unter Festhaltung der pragmatischen Sanktion, die Einheit der obersten Staatsleitung für alle Teile der Gesamtmonarchie als unverbrüchlicher Grundsatz bestätigt und der Bestand eines von dem österr. Kaisertume getrennten Königreiches Ungarn als politisch unmöglich bezeichnet.

Ungeachtet dieser freimütigen zur rechten Zeit erfolgten Kundgebung des kais. Ministeriums wurde von dem Verfassungsausschusse der d. konst. Nationalversammlung soeben ein Entwurf für die künftige politische Gestaltung Deutschlands gefertigt, welcher im ersten Abschnitte über das Reich und auch im zweiten Abschnitte, der von der Reichsgewalt handelt, mehrere fundamentate Bestimmungen enthält, nach deren Annahme von Seiten der Nationalversammlung ein Verbleiben Österreichs im Föderativ-Verbände mit Deutschland unausführbar ist, ohne die österreich. Gesamt-Monarchie in Trümmer fallen zu lassen. So heisst es z. B. im § 2 des Entwurfes: „Kein Theil des deutschen Reichs darf mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt seyn“ und der § 3 lautet wie folgt: „Hat ein deutsches Land mit einem nicht-deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das

Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personal-Union zu ordnen⁴. Schon allein wegen dieser zwei Sätze müssten die bisher zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen aus demselben ausscheiden; denn sie sind in geradem Widerspruche mit der pragmatischen Sanction vom 19. April 1713, so wie mit der österreichischen Constitutions Urkunde vom 25. April d. J. und mit der Zusammensetzung des dormaligen Reichstages zu Wien; abgesehen davon, dass der österreichische Kaiserstaat aufhören würde, eine Europäische Grossmacht zu seyn, wenn er auf solche Weise gespalten und die eine Hälfte desselben der deutschen Reichs Gewalt so unterworfen wäre, wie es der zweite Abschnitt des Entwurfs vorschreibt.

Sehr wahrscheinlich wird aber die National Versammlung diesem Verfassungs Entwurf ohne wesentliche Abänderungen ihre Zustimmung ertheilen. Es entsteht nun die Frage, ob das Ergebnis der hierüber ebenstens beginnenden Berathungen ganz ruhig abzuwarten oder ob es angemessen sei, dass Oesterreichischer Seits, sogleich von der blossen Vorlage des Entwurfs Veranlassung genommen werde, und eventuell für den Fall seiner Erhebung zum Reichsgrundgesetze den Austritt Oesterreichs aus dem Bunde anzukündigen? Dieser letztere Schritt könnte wohl nicht einseitig von dem k. k. Ministerium, sondern nur im Einverständnisse mit dem oesterreichischen Reichstage geschehen, dessen Majorität sich ohne Zweifel lieber für eine Lostrennung Oesterreichs vom reorganisirten deutschen Bunde als für den Anschluss unter den Bedingungen des Entwurfs entscheiden wird. Es ist zu vermuthen, dass in diesem Sinne die Initiative von dem oesterreichischen Reichstage selbst ergriffen werde. Wenn diess aber nicht geschieht, so scheint es räthlich, dass das k. k. Ministerium sich vorerst passiv verhält; denn seine Erklärung vom 21. April steht fest und die deutsche konstituierende National Versammlung kennt somit alle Wechselfälle. Nimmt sie den Entwurf an, so liegt es am Tage, dass ihre Majorität, ebenso wie die Majorität ihres Verfassungs Ausschusses den Austritt Oesterreichs will. Diese Frage wird zu Frankfurt und zu Wien einen heftigen Partheikampf hervorrufen; doch sind zum Theil die Gemüther auf den Ausgang vorbereitet, den die Einsichtsvollern seit längerer Zeit als die wünschenswertheste Lösung der Verwickelungen betrachtet haben; nämlich auf eine innige politische Allianz der österreichischen Gesamtmonarchie mit dem neuen deutschen Bundesstaat; alsdann wird die frühere Eifersucht Preussens gegen Oesterreich wegfallen und im Interesse Beider ein aufrichtiges freundschaftliches Verhältniss zwischen ihnen herzustellen sein. Preussen würde zwar von manchen Volksstämmen sehr ungern an der Spitze des Föderativ Staates gesehen sein; doch wird es früher oder später dahin zu gelangen und sich dort zu behaupten wissen.

Die Nachtheile, welche für Oesterreich aus seiner Lossagung vom deutschen Föderativ-Staate hervorgehen, lassen sich in nachstehende Punkte zusammenfassen.

a) Die Verringerung, wenn nicht der gänzliche Verlust seines Einflusses auch die Geschicke Deutschlands; um jedoch hiebei das Maass nicht zu überschätzen, wird man sich gestehen müssen, dass seit dem Bestehen des deutschen Bundes die Einwirkung des kaiserlichen Cabinets von Jahr

zu Jahr abgenommen hat: dass daher die Einbusse des Inne gehabtten nicht hoch anzuschlagen ist.

Und was den Entgang des bei der neuen Organisation Deutschlands zu hoffenden Gewinnes an moralischem und materiellem Gewichte der Concurrenz Oesterreichs im Staatenhause und im Volkshause des deutschen Reiches betrifft, so ist zu erwägen, dass zwar das Letztere beinahe zu einem Drittheile aus österreichischen Abgeordneten bestehen werde, dass aber von diesen in ihren Abstimmungen in keiner Frage von Wichtigkeit eine kompakte Masse mit Zuversicht erwartet werden kann; ja dass bei der Entscheidung nach bloss numerischem Verhältnisse auf einen Ausschlag der oesterreichischen Stimmen über die künftigen deutschen Reichsangelegenheiten weniger zu rechnen sein dürfte, als in sonstiger Zeit auf das Übergewicht eines Votums des kais: oesterreichischen Präsidial-Hofes in erheblichen Bundes-Angelegenheiten. Es scheint, dass früherhin, wo über dergleichen die Gesamtheit betreffende Fragen fast ausschliessend die Regierungen die Beschlussnahme in der Hand hatten, es leichter gewesen sein müsste, nach vorbereitender Cabinets Verhandlung das, was man im Ministerium zu Wien, als Oesterreichisches Interesse erkannt haben würde, in der Bundesversammlung durchzusetzen, als es in Zukunft den oesterreichischen Mitgliedern des deutschen Reichstages zu Frankfurt gelingen werde, sich vorerst über das, was das Beste der österreichisch-deutschen Provinzen erheischt, selbst zu einigen und es dann auf dem Reichstage mit Erfolg durchzuführen.

b) Mit dem Austritte Oesterreichs aus dem Bunde wird besorgt, dass es allmählich den übrigen deutschen Volksstämmen entfremdet werde und dass sich die gegenseitigen Sympathien mindern müssen. Wenn es nicht zu leugnen ist, dass diese Gefühls-Beziehungen in der neuesten Zeit, aus Anlass des in Oesterreich stattgehabten politischen Umschwunges, lebendiger geworden sind, so dürfte gerade in diesem Umstande eine Bürgschaft liegen, dass eine Lockerung dieser Bande weniger zu befürchten stehe, als Manche glauben. Es wird nämlich die Gleichheit der volksthümlichen Institutionen, unter der Erwartung der Segnungen eines völkerrechtlichen engen Bündnisses die Freundschaft, welche aus der Namensverwandschaft und aus den geschichtlichen Traditionen hervorgegangen ist, erhalten und zur frischen Blüthe bringen.

c) Als eine Folge der Ausscheidung Oesterreichs aus dem deutschen Föderativ-Verbande, wird die Ueberhandnehmung des slavischen Elements und die Unterdrückung der Deutschen durch die Slaven in dem Kaiserstaate vorhergesagt. Es ist schwer voranzusehen, wie in dem Falle, dass Oesterreich in dem deutschen Bunde verbleibt, und also den deutschen Reichstag zu Frankfurt beschickt, die Reichsgewalt solchen Übergriffen der Slaven in Oesterreich Einhalt zu thun im Stande sein würde. Wenn aus den vorhandenen Erfahrungen ein Urtheil entnommen werden darf, so kann daran erinnert werden, dass wiederholte Beschlüsse der deutschen konstituierenden Nationalversammlung und wiederholte Aufforderungen der provisorischen Centralgewalt für Deutschland nicht einmal die Vornahme der rückständigen Wahlen in Böhmen zu bewerkstelligen vermochten. Wenn man von Reichswegen nicht im Stande war, einem nur negativen den Deutschen trotzen den Verhalten der Slaven in Böhmen abzuhelpen, wie

lässt sich von dorthier ein wirklicher Schutz der Deutschen gegen positive Handlungen der Slaven ausüben? Die Gewalt der Waffen lässt sich nicht anwenden, ohne den schrecklichsten Bürgerkrieg herbeizuführen. Die vertrauensvolle Anrufung des Gerechtigkeitsgefühles der slavischen Stämme zur Geltendmachung des Grundsatzes der vollkommenen Gleichstellung aller Nationalitäten würde einen besseren Erfolg gehabt haben, wenn die nicht genug zu beklagende Drohung mit der Schärfe des Schwerdten unterlassen worden wäre, die eine unselige Erbitterung erzeugte und ein Verständniss erschweren musste. Der blutige Zusammenstoss zwischen Ungarn und Kroatien liefert den Beweis, dass der Slave für und nicht gegen das Recht der Nationalität kämpft.

Es wird gesagt, dass ein deutsches Reich ohne die bisher zum deutschen Bunde gehörigen Oesterreichischen Provinzen nicht schwer genug im Europäischen Staatensysteme wiege, um allen fremden Regierungen gegenüber eine Achtung gebietende Sprache führen zu können. Indessen zählt ein Föderativ Staat von mehr als dreissig Millionen Seelen und mit einer kräftigen Centralgewalt jedenfalls zu den Grossmächten; und was ihm durch den Mangel einer organischen Verbindung mit dem halben Kaiserstaate Oesterreich in der Stellung zum Auslande entgeht, kann es durch eine accessorische Vereinigung mit dem ganzen Oesterreich wieder gewinnen. Zudem ist nicht zu vergessen, dass ein Dualismus der österreichischen Monarchie sich in der neuen zur lebenskräftigen Entwicklung berufenen Organisation Deutschlands viel hemmender äussern würde, als es bei dem alten deutschen Bunde, der seine Wirksamkeit in engern Grenzen einschloss, der Fall gewesen ist. Als eine der bedenklichsten Folgen des Austrittes Oesterreichs aus dem deutschen Föderativ Staate, wird mit Recht die darüber entstehende und von Deutschland aus genährte Unzufriedenheit eines Theiles der Bewohner der bisher zum deutschen Bundesgebiete gehörigen österreichischen Provinzen zur Erwägung vorgehalten. Hiegegen gibt es nur ein Mittel, nämlich das konsequente Bemühen, ihnen eine grössere materielle und politische Wohlfahrt im österreichischen Bundesstaate zu verschaffen, als sie im deutschen Bundesstaate geniessen würden. Eine Aufnahme der österreichischen Gesamtmonarchie in die deutsche Föderation, welche dann als mitteleuropäischer Bund bezeichnet werden müsste, ist aus Gründen der innern und äussern Politik unmöglich ausführbar.

Die berührten Nachtheile, welche der Austritt der österreichischen deutschen Provinzen aus dem deutschen Bundesstaate mit sich brächte, würden aber auch durch mancherlei damit verknüpfte Vorthelle ersetzt; nämlich:

a) Enthebung von den sehr beträchtlichen Bundeslasten, als jährliche Geldmatrikular Beiträge zu dem Bau der Bundesfestungen, ihrer Unterhaltung, Approvionirung, Stellung der Garnison und dergleichen. Diese Ausgaben sind von Oestreich bekanntlich mit einem Drittheil zu decken. Bei der künftigen Centralregierung Deutschlands werden die Reichslasten bedeutend erhöht werden; die bereits beschlossene sehr starke Vermehrung des Reichsheeres, die Bildung einer deutschen Kriegsmarine, die Dotirung des Reichsoberhauptes, die Vertretung des Reiches nach aussen, die Errichtung eines Reichsministeriums, die in Aussicht genommene Anlegung neuer Reichsfestungen, Eisenbahnen, Häfen, Canäle, u. d. gl., die Auf-

stellungen und Dislocationen mehrerer Reichstruppencorps, die unausbleibliche Nothwendigkeit eines Reichsanlehens, die Zinsenzahlung und noch mancher andere Aufwand würden bei ihrer Repartirung umso härter auf Oesterreich drücken, als es nebenbei alle seine bisherigen Erfordernisse des innern und äussern Dienstes befriedigen müsste, indem es dem Beispiele der kleinern Staaten in Aufhebung dieser oder jener, durch Reichsbehörden und Reichsanstalten entbehrlich werdender Institutionen nicht folgen könnte.

b) Legt sich Oesterreich nicht die Fesseln an, in welche um der wahren deutschen Einheit willen, jeder Einzelstaat sich fügen soll, dann erlangt es seine vollkommene Selbstständigkeit, freie Bewegung im innern und nach aussen unter den durch ein Allianz-Verhältniss mit Deutschland gegebenen Modifikationen, Autonomie in allen volkswirtschaftlichen Fragen, einen festeren Verband aller Erblände, eine sichere Gewähr für die Ausgleichung innerer Zerwürfnisse im Wege unmittelbarer Verständigung der Volksrepresentanten aus den verschiedenen Stämmen am Centralpunkt der Regierung, ohne störende Einflüsse von anderwärts und endlich die Möglichkeit einer administrativen Entwicklung der Gesamtmonarchie in ungehemmter Bahn nach ihren eigenen Bedürfnissen und Interessen, wie sie das gesetzliche heimische Volksorgan erkennt, ohne die lästige Bevormundung einer deutschen Reichsversammlung, welche sich über dasselbe stellen will und doch nur zu einem Drittheil mit ihm einerlei Ursprungs und zu ähnlicher Erkenntniss berufen ist.

In Anbetracht des eben Vorgetragenen dürfte der Entschluss für Oesterreich nicht schwer werden, dem im Entwurfe des Verfassungsausschusses dargelegten Föderativ Verhältnisse mit Deutschland d. i. einem wirklichen Bundesstaate zu entsagen. [Folgt eine Erörterung über die Form, in der diese Austrittserklärung abgegeben werden könnte].

Ein Protest der deutschen Nationalversammlung gegen einen ihr in solcher Weise notifizirten Austritt Oesterreichs ist nicht zu gewärtigen, und wenn er wirklich erfolgte, ist er gegen eine solche Macht von keiner praktischen Consequenz. Wird er erhoben, so liegt ihm vielleicht das Motiv zum Grunde, die volle Freiheit des Austritts nicht anerkennen zu wollen, und zwar aus der Ursache, um der zu schaffenden deutschen Reichsgewalt von vorneherein das Recht zu vindiciren, die minder mächtigen Regierungen namentlich die königlich niederländische und die königlich dänische, wenn sie den Verband von Luxemburg, Limburg und Holstein mit Deutschland, nach Oesterreichs Beispiel und unter Berufung auf dessen Zulassung, lösen wollten.

Würde die deutsche Nationalversammlung unter Bezugnahme auf den Artikel V. der Wiener-Schlussacte vom 15. Mai 1820, welcher sagt: „Der deutsche Bund ist als ein unauflöslicher Verein gegründet und es kann daher der Austritt aus diesem Vereine keinem Mitgliede desselben freistehen“, den Austritt Oesterreichs nicht gestatten, so wäre dagegen zu erwiedern, dass der alte Bund thatsächlich aufgehoben ist und dass es sich nicht sowohl um den Austritt aus demselben, als vielmehr um die Weigerung handelt, in ein neues Bundesverhältniss einzutreten.

Was die auswärtigen Mächte betrifft, so werden sie, als Mitcontrahenten der Wiener-Congressacte und als Garanten der deutschen Bundes-

acte, kaum Einwendungen gegen Oesterreichs Austritt vorbringen: sie könnten es gegen ihr Interesse finden, wenn das Gebiet des neuen centralisirten deutschen Reichs im Vergleiche mit jenem des alten deutschen Bundes an Ausdehnung gewänne, nicht aber, wenn es verkleinert wird. Und wenn sie den Austritt Oesterreichs nicht stillschweigend hinnehmen, so geschieht es sicher weniger der Sache wegen, als vielmehr wegen der Form, um nämlich das von ihnen behauptete Recht der Mitsprache bei allen Änderungen des europäischen Staaten Systems auch bei dieser Gelegenheit in Anregung zu bringen.

Endlich das oben empfohlene Anerbieten Oesterreichs zum Abschluss einer politischen Allianz mit Deutschland anlangend, so dürften die wesentlichsten Bestimmungen eines solchen besser mit der provisorischen Centralgewalt im Einverständnisse mit der konstituierenden Nationalversammlung, als erst mit der künftigen Reichsgewalt durch besondere Bevollmächtigte zu verhandelnden Traktats, sich auf folgende Punkte erstrecken.

Erstens. Ein Schutz und Trutzbündniss für alle Kriege, mit Ausnahme eines Eroberungskrieges.

Zweitens. Gegenseitige Garantirung des Territorialbestandes.

Drittens. Zusage militärischer Hülfeleistungen bei Ruhestörungen in den Gränzbezirken auf Requisition der Kaiserlichen Regierung bei der deutschen Reichsgewalt und umgekehrt.

Viertens. Auslieferung der beiderseitigen Verbrecher, sowohl der gemeinen, wie der politischen, auf vorausgängiges Begehren.

Fünftens. Fortbestand des Militärcartells, welches unter sämtlichen Bundesstaaten wegen Auslieferung der Deserteurs vereinbart worden ist.

Sechstens. Vollzugskraft aller civil- und criminalgerichtlichen Urtheile der Justizbehörden des andern Theiles.

Siebtens. Aufrechterhaltung der Übereinkunft, welche von Oesterreich mit den übrigen deutschen Regierungen gegen den Nachdruck, mittheilte eines Bundesbeschlusses getroffen worden ist.

Achtens. Das Recht der vollen Freizügigkeit der beiderseitigen Staatsangehörigen aus einem ehemaligen oesterreichisch-deutschen Theile des frühern Bundesgebiets in das deutsche Reichsgebiet und umgekehrt nach erfüllter Militärpflicht.

Neuntens. Fortbestand der Postconvention, welche Oesterreich gemeinschaftlich mit den meisten übrigen deutschen Regierungen abgeschlossen hat und insofern das neue Reichspostinstitut eine Modification derselben erheischt, eine entsprechende Verständigung.

Zehntens. Fortdauernde Gültigkeit aller von Oesterreich mit den deutschen Regierungen eingegangenen Schifffahrtsverträge, und gegenseitige Zusage einer Gleichstellung der österreichischen und der Reichsflagge auf den Flüssen in den beiderseitigen Gebieten, namentlich auf der Donau, desgleichen auf den Canälen und in den Häfen.

Elftens. Anerbieten zur Unterhandlung eines Handels und Zolltraktats nach dem Grundsatz der möglichsten Gleichstellung der beiderseitigen Tarife, insbesondere einstweilige Erleichterung des Gränzverkehrs und sorgfältigste Beaufsichtigung und Verhinderung des Schmuggels nach dem Gebiete des andern Theiles.

Zwölftens. Einräumung der von der deutschen konstituierenden Nationalversammlung allen Deutschen verbürgten Grundrechte an alle österreichischen Staatsangehörigen, in den bisher im deutschen Bunde begriffen gewesenen Provinzen unter der Voraussetzung, dass diese Grundrechte mit den von der kaiserlichen Regierung unter legislativer Mitwirkung des österreichischen Reichstages erlassenen Bestimmungen nicht im Widerspruche stehen.

Ausser diesen Stipulationen könnten noch einige Andere in den Traktat über die künftige Stellung Österreichs zu Deutschland aufgenommen werden, je nachdem sich die gegenseitige Bereitwilligkeit hiezu ermes sen liesse.

Die Frage, ob Oesterreich bei seinem Austritte aus dem deutschen FöderativeVerbande eine Liquidation und Rückforderung seiner für den Bau der Bundesfestungen Ulm und Rastadt eingezahlten Matrikular-Geldbeiträge, wovon der eben jetzt fällige und bereits angekündigte eine halbe Million Gulden übersteigt, versuchen sollte, würde einer besonderen Erwägung unterzogen werden müssen. Sie wird hier nur der Vollständigkeit wegen nicht unerwähnt gelassen.

Nachtrag.

In dem soeben im Druck erschienenen Entwurfe der zwei ersten Abschnitte der deutschen Reichsverfassung ist ein von der Minorität des Verfassungs-Ausschusses zu § 2 vorgeschlagener Zusatz enthalten, welcher also lautet:

„Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung des § 2 und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im grösstmöglichen Maasse durch den innigsten Anschluss Oesterreichs an Deutschland im Wege des Völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der oesterreichischen Regierung erzielt werden“. (Mühlfeld, Detmold, Rotenhahn, Lasaulx).

Durch dieses Amendement ist die Erörterung und Erledigung der Frage über das fernere Verbleiben der österreichisch-deutschen Provinzen in dem deutschen Föderativ-Verbande oder deren Austritt aus demselben sehr erleichtert.

Frankfurt a./M. am 4. October 1848.

Ferd. Mensshengen m. p.

Minister Wessenberg hat sich, soviel ich aus seiner Korrespondenz mit dem Erzherzog Reichsverweser beurteilen kann, mit dem Mensshengen'schen Memorandum nicht sehr eingehend beschäftigt. Er versprach sich überhaupt sehr wenig von der deutschen Nationalversammlung und erwartete als Ergebnis der deutschen Bewegung nur eine Reform der alten Bundes-Verfassung, also das Fortbestehen des Staatenbundes unter österreichischer Führung. Anders schien sich das Ministerium Felix Schwarzenberg zur Lösung der deutschen

Verfassungsfrage stellen zu wollen. Der darauf Bezug nehmende Teil des sogenannten Kremsierer Programmes, d. h. der am 18. November vor dem Reichstage in Kremsier vom Fürsten Schwarzenberg abgegebenen Erklärung lautet: „Nicht in dem Zerreißen der Monarchie, nicht in ihrer Schwächung liegt die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis. Von dieser Überzeugung durchdrungen, gedenken wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegenzusehen: Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Österreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen“.

Es kann wohl kaum behauptet werden, dass in diesen Sätzen eine Zurückweisung des Gagern'schen Programmes liegt, man war vielmehr durchaus berechtigt, darin eine Zustimmung zu der Bildung eines deutschen Bundesstaates ohne Mitwirkung Österreich zu finden. Worin hätte denn sonst die natürliche Entwicklung bestehen sollen, aus der ein „verjüngtes Deutschland“, dem ein „verjüngtes Österreich gegenüberstünde, hervorgehen würde? Die „Allgemeine Zeitung“ vom 3. Dezember hat Schwarzenberg daraus einen Vorwurf gemacht, dass seine Rede die Annahme gestatte, Österreich wolle auf jede Teilnahme an dem Wiederaufbau Deutschlands verzichten. Schwarzenbergs Note an Mensshengen vom 28. November konnte nur dazu beitragen, diese Auslegung des Programmes von Kremsier zu bekräftigen. „Weit entfernt“ heisst es darin, „Oesterreich Deutschland entfremden zu wollen, sind wir vielmehr bereit mit der Reichs-Zentral-Gewalt Hand in Hand zu gehen und, was das künftige staatliche Verhältnis zu Deutschland anbelangt, der Entwicklung der beiderseitigen inneren Zustände in keiner Weise vorzugreifen“.

Es kann daher nicht auffallen, dass man auch im Auslande und selbst an fremden Höfen sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, Österreich als aus dem engeren Verbande der reindeutschen Staaten geschieden zu betrachten, und dass die Note der österreichischen Regierung vom 28. Dezember, mit der gerade die entgegengesetzte Politik eingeleitet wurde, gerechtes Erstaunen und lebhaftes Bedauern hervorgerufen hat. Dies äussert sich auch in einem Schreiben, das der Prinzgemahl von England, Herzog Albert von Coburg aus diesem Anlasse an den Erzherzog Reichsverweser gerichtet hat. Die beiden Fürsten standen seit Langem in freundschaftlichem, brieflichen Verkehr, es war daher gar nicht auffallend, dass Prinz Albert

sich gedrängt fühlte, seine Ansicht in der deutschen Verfassungsfrage dem Erzherzog mitzuteilen. Es war ja schon wiederholt durch Vermittelung des Fürsten Karl von Leiningen, des Schwagers und Veters des Prinzen geschehen, der als Präsident an der Spitze des ersten Reichsministeriums gestanden war. Prinz Albert beschäftigte sich seit dem März 1848 eifrig mit den Vorschlägen zur deutschen Verfassung und hatte selbst den sogenannten Leiningen'schen Entwurf beeinflusst. Er tritt nun sehr entschieden für die „Kleindeutsche“ Richtung ein und sucht dem Erzherzog in einer längeren Auseinandersetzung klar zu machen, dass Österreich sich zu seinem eigenen Vorteil auf demselben Standpunkt stellen könne.

(eigenhändig)

Prinz Albert an Erz h. Johann. Windsor Castle. Januar 7. 1849.

Gnädigster Erzherzog und Reichsverweser!

Ich erlaube mir Eurer Kaiserlichen Hoheit ein kleines Memorandum zu übersenden, in welchem ich meine Ansichten über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland ausgesprochen habe. Diese Frage ist so überaus wichtig und ihre glückliche Lösung so unumgängliche Vorbedingung zu der glücklichen Vollendung des grossen vaterländischen Gebäudes, welches unter Ihrer Leitung errichtet wird, dass Sie es begreiflich finden werden, dass auch ich den regsten Antheil an derselben nehme und gerade Höchst Ihnen meine mir gebildeten Ansichten vorlege.

Von Herzen lassen Sie mich Ihnen Glück zu dem glänzenden Umschwunge wünschen, welcher in den Oesterreichischen Verhältnissen in der letzten Zeit stattgefunden hat. Möge unter dem jungen Kaiser, einem thatkräftigen Ministerium und bei den herrlichen Eigenschaften und der Treue der Armee nun auch Ungarn schnell beschwichtigt werden und die Armee bald als ein starkes Ganze dastehen. Mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohl bei dem Wechsel des Jahres verbleibe ich

gnädigster Reichsverweser

Eurer Kaiserlichen Hoheit

treu ergebener

Vetter

Albert.

Beilage.

Oesterreich und Deutschland befinden sich gegenwärtig in einem Übergangszustand, in welchem es von der äussersten Wichtigkeit ist, den neuen Formen, die sich bilden sollen, von vorneherein ihr Verhältnis anzuweisen und ihre freie Gestaltung zu sichern.

Dass Oesterreich an der Bewegung, durch die Deutschland nach einer neuen Einheit ringt, nicht Theil nehmen kann, ohne zu Grunde zu gehen, hat es, nach blutiger Erfahrung, selbst erkannt, und das Schwarzenberg'sche Programm, das sich die Aufgabe stellt, Oesterreich ausschliesslich nach oesterreichischen Interessen und auf ausschliesslich oesterreichische Weise zu regeneriren, ist der erste offene Act dieser Er-

kenntnis geworden. Diese Erklärung hat dann, als Echo, eine in Frankfurt hervorgerufen, nach der auch Deutschland auf ausschliesslich deutsche Weise neuhergestellt, und es sodann den beiden verjüngten Reichen vorbehalten sein soll, eine fest aneinanderlehrende Stellung einzunehmen.

Soweit handelten beide Theile vollkommen recht; nun aber begann das Unrechte, nämlich eine gewisse Unsicherheit in dem Benehmen Oesterreichs, das, wie es scheint, sich nicht überwinden kann, das bereits aufgegebene Deutschland wirklich fahren zu lassen, und, um es auch ferner an sich gekettet zu halten, es auf dem Wege seiner Verjüngung aufzuhalten trachtet.

Es fragt sich nun: handelt Oesterreich weise bei einem solchen Bestreben? Ist es für dasselbe vorteilhafter, mit dem ehemaligen — an seiner Wiedergeburt gewaltsam gehinderten — Deutschland das alte Verhältnis fortzusetzen oder mit dem verjüngten in ein neues zu treten?

Ich bin entschieden der Meinung, dass das letztere der Fall ist, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Fortbestehen Oesterreichs in Deutschland würde den Regenerationsprozess beider Reiche verderben, und durch das Unbefriedigende der erlangten Erfolge den Grund zu neuen Revolutionen legen. Diese aber würden jedenfalls viel gefährlicher für Oesterreich als für Deutschland sein, weil sie hier, dem vorherrschenden und volkstümlichen Triebe nach Einheit gemäss, bloss gegen einzelne Institutionen, in Oesterreich aber, dem vorherrschenden Triebe der Nationalverschiedenheit zufolge, gegen den Fortbestand des Gesamtreiches selbst gerichtet seyn würden. Dort würden sie einigen, hier aber auflösen.

2. Um so schneller Deutschland Luft gewinnt, seine neue Einheit zu vollenden, um so rascher und mächtiger wird auch die Rückwirkung auf die Einigung der oesterreichischen Monarchie sein und um so rascher wird zugleich für diese in dem Nachbarreiche ein kräftiger Bundesgenosse gegen äussere Feinde erwachsen.

3. Der Mangel eines solchen natürlichen Bundesgenossen gerade in dem gegenwärtigen kritischen Augenblicke würde Oesterreich höchst wahrscheinlich zwingen, sich auf Russland zu stützen und somit dasselbe zu einer Politik zu weisen, die den wesentlichsten Zwecken seiner geschichtlichen Stellung und Bestimmung geradezu entgegen gesetzt ist.

4. Oesterreich, wenn es ein ungebrochenes Ganze bleibt und als solches zu Deutschland in ein freies Bundesverhältnis tritt, wird auf dasselbe mit seinen vollen sechsunddreissig Millionen einen viel stärkeren Einfluss ausüben können, als wenn es nur mit einem Theile seines Länderbestandes und mit nicht mehr als zwölf Millionen seiner Bevölkerung (von denen übrigens beinahe die Hälfte undeutsch ist) an Deutschland gebunden bleibt.

Aus diesen Gründen glaube ich, ist es Oesterreichs dringende Pflicht durch ein rasches Entgegenkommen auf dem von Deutschland vorgeschlagenen Wege dieses von sich, wie sich von Deutschland frei zu machen, und sich entschlossen zu zeigen, von der in dem Schwarzenberg'schen Programme gegebenen Erklärung nun auch sämtliche Consequenzen auf sich zu nehmen. Jeder Tag, den Oesterreich die von ihm in dieser Frage gegenwärtig beobachtete Halbheitspolitik verlängert und fortführt zwischen

seinen wirklichen oesterreichischen und seinen eingebildeten deutschen Interessen auf beiden Schultern zu tragen, ist ein neues Hinderniss in die Entwicklung beider Reiche geworfen. Nach der Pflicht, sich selbst neu herzustellen, giebt es sowohl für Oesterreich als für Deutschland keine dringendere und näher liegende als die, mit dem Nachbarreiche ein kräftiges Bundesverhältnis einzugehen.

W. C. 1./I. 49.

A.

Als der in Kremsier tagende erste österreichische Reichstag noch vor dem Abschlusse der von ihm beratenen Verfassung aufgelöst und am 4. März 1849 die Schwarzenberg-Stadion'sche Verfassung durch ein kaiserliches Patent eingeführt worden war, die mit Ausserachtlassung aller zurechtbestehenden Landesverfassungen und staatsrechtlichen Verträge ein einheitliches Kaisertum Österreich mit einem auch von Ungarn und seinen Nebenländern zu beschickenden Gesamtreichsrath schuf, war der Eintritt der deutsch-österreichischen Länder in einen deutschen Bundesstaat unbedingt ausgeschlossen. Die Folge davon war, dass die Gagern'sche Partei sowohl aus dem konservativen, wie aus dem liberalen Lager neuen Zuwachs erhielt, dass Schmerling seine Entlassung als erster österreichischer Bevollmächtigter einreichte und dass der Abgeordnete Professor Welcker von Freiburg, der bis dahin der Führer der Grossdeutschen gewesen war, in die Worte ausbrach: „Jetzt ist Österreichs Ausschluss fertig, jetzt muss jeder Patriot in der Übertragung der erblichen Kaiserwürde an die Krone Preussen die Rettung des Vaterlandes suchen“. Tags darauf, am 12. März brachte er die Anträge ein, von denen die Beendigung des deutschen Verfassungswerkes ausging. Punkt 2 verlangte die Annahme der gesamten deutschen Reichsverfassung, sowie sie nach der ersten Lesung mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierungen vorliege, durch einen einzigen Gesamtbeschluss der National-Versammlung, Punkt 3 übertrug die erbliche Kaiserwürde dem Könige von Preussen, Punkt 6 lautete: Se. Majestät der Kaiser von Österreich als Fürst der deutsch-österreichischen Lande und die sämtlichen Bruderstämme in diesen Landen, einzeln und vereint, sind zum Eintritt in den deutschen Bundesstaat jetzt und zu aller Zeit eingeladen und aufgefordert. Punkt 7: Die deutsche Nationalversammlung legt gegen ein etwa von der Regierung der deutsch-österreichischen Lande oder von diesem Lande selbst beanspruchtes Recht, von dem deutschen Vaterlande und aus der von seinem Gesamtwillen beschlossenen Verfassung auszuschneiden, für alle Zeiten feierlichen Protest ein. Punkt 8. Sie ist aber bereit, so lange einer definitiven Verwirklichung des völligen Eintritts der deutsch-österreichischen Lande in die deutsche

Reichsverfassung noch Schwierigkeiten im Wege stehen sollten, die bestehenden nationalen brüderlichen Verhältnisse, jedoch unbeschadet der Selbständigkeit der deutschen Reichsverfassung, zu erhalten. Eimen praktischen Staatsmann musste es reizen, für diese Gesinnungen, die von Welcker völlig gestaltlos in die Diskussion geworfen wurden, eine diplomatische Form zu suchen, also die „weitere Verbindung“ auszubauen, die das verjüngte Österreich mit dem nun konstituierten Deutschland staatsrechtlich vereinigen würde. Dieser Aufgabe hat sich Freiherr v. Mensshengen unterzogen, der den „Entwurf eines Planes für einen Föderativ-Verband Österreichs mit einem deutschen Reichskörper“ am 14. März an den Fürsten Schwarzenberg einsandte. Er bildet einen Staatsvertrag, der zwischen dem Kaiser von Österreich und dem Erzherzog Reichsverweser abzuschliessen wäre. Darin wird zuerst erklärt, dass der Kaiser von Österreich dem „Deutschen Reiche“ vorläufig nicht beitrete. „Ein späterer Eintritt wird jedoch einer gegenseitigen Übereinkunft vorbehalten, insofern derselbe durch Abänderungen in der Reichsverfassung oder in der Organisation der österreichischen Gesamtmonarchie ausführbar werden sollte“. Die Bundesakte vom 8. Juni 1815 und die Schlussakte vom 15. Mai 1820 erlöschen. Nur wenn die neuen Bundesgesetze nicht für alle vorkommenden Fälle ausreichen würden, könnte „in den sie ergänzenden alten Bundesbeschlüssen subsidiarisch das Mittel zur Verständigung zu suchen sein. Der Kaiser von Österreich wird Garant der Verfassung des deutschen Reichs. Die gemeinschaftlichen Angelegenheiten werden in einem Bundesrat verhandelt, in diesen entsendet Österreich 15 Vertreter (den vom Kaiser zu ernennenden Präsidenten, 4 Regierungsbevollmächtigte, je 5 Vertreter der beiden Kammern des Reichstages) das deutsche Reich 16 Vertreter (6 Bevollmächtigte des Reichsrats, darunter den Vizepräsidenten, 1 preussischen, 1 bairischen Virilisten, 5 Abgeordnete des Staatenhauses, 5 des Volkshauses) Dänemark 2, Niederlande 2 Vertreter, so dass der Bundesrat aus 35 Stimmenden bestünde. Sein Sitz ist Wien. Gegenstände der Verhandlung des Bundesrates sind: Ausbildung der Bundesverfassung, Ergänzung der Bundesgesetzgebung, Erledigung der Militärangelegenheiten, Ausschreibung der Bundesmatrikularbeiträge, Richtigstellung des Bundeskassenwesens, gemeinnützige Anordnungen, wozu jedes Mitglied einen Vorschlag zu machen befugt ist, allmähliche Beseitigung der Zollschranken zwischen dem deutschen Reiche und den deutschen sowohl als auch nichtdeutschen Ländern seiner Bundesgenossen; Einleitung zu einem gemeinschaftlichen Münz-, Maass- und Gewichtssystem; Gleichstellung der Post- und Eisenbahneinrichtungen;

Erleichterungen des Verkehrs; Vorsorge für Auswanderungen und Kolonisation. „Das Präsidium und Vizepräsidium nebst einem aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschusse des Bundesrates sind permanent, um die unaufschiebbaren Geschäfte zu erledigen und provisorische Beschlüsse zu fassen nach Analogie des in der deutschen Bundesversammlung üblich gewesenen Verfahrens“.

Die Bundesmitglieder garantiren sich gegenseitig ihre Besitzungen, schützen sich gemeinsam gegen Angriffe und dürfen sich selbst unter keinem Vorwande bekriegen. Das Recht des Krieges und Friedens wird nicht vom Bundesrate sondern nur von jenen Souveränen oder deren Bevollmächtigten ausgeübt, die es besitzen, also hinsichtlich des deutschen Reiches vom Direktorium; sie bilden die Bundes-, Kriegs- und Friedenskonferenz. Wenn das Bundesgebiet von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen wird, tritt sofort der Stand des Krieges ein. Die vom Bundesrate in Gemässheit der Beschlüsse der Bundes-, Kriegs- und Friedenskonferenz ausgesprochenen Kriegserklärung verpflichtet sämtliche Bundesglieder zur unmittelbaren Teilnahme an dem gemeinschaftlichen Kriege. Österreich, Dänemark und die Niederlande werden ihre Kontingente in demselben Maasse erhöhen, als es im deutschen Reiche nach den Bestimmungen seiner Wehrverfassung der Fall sein wird.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Bundesstaat, der zugleich Besitzungen ausserhalb des Bundes hat, für sich allein, als europäische Macht einen Krieg führt, der nicht als Bundeskrieg erklärt wird. Der würde auch den übrigen Bundesgliedern ganz fremd bleiben, nur wenn das lombardisch-venetianische Königreich von einem auswärtigen Feinde angegriffen werden sollte; verpflichtet sich die deutsche Reichsregierung, „in Anbetracht der aus einem solchen Einfalle auch für die Südgrenze Deutschlands entspringenden Gefahr und in Übereinstimmung mit der im Jahr 1840 unter allen deutschen Bundesfürsten erfolgten eventuellen Vereinbarungen“, ein Hilfskorps von 50.000 Mann zur Verfügung des Kaisers von Österreich zu stellen, ohne dass dafür irgendeine Vergütung angesprochen werden kann.

Der leitende Grundgedanke des Bundes ist die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, der durch Beitrittserklärungen anderer Mächte und die dann ermöglichte allgemeine Entwaffnung gesichert werden soll. Für die Austragung von Streitigkeiten unter den Bundesgliedern wird ein Bundesschiedsgericht eingesetzt, dessen Zusammensetzung zwischen dem Kaiser von Österreich, den Königen von Dänemark und Niederland und der deutschen Reichsregierung auf Grundlage einer angemessenen Stimmenverteilung in der

Weise zu geschehen hat, dass dem deutschen Reichsgerichte eine bestimmte Anzahl von Richtern seitens der ausser dem deutschen Reichsverbande stehenden Bundesmitglieder beigeordnet wird. „Über die Kompetenz und das Verfahren dieses Bundesschiedsgerichtes und über die Vollziehung seiner Urteile wird durch den Bundesrat bei seinem ersten Zusammentritt ein Beschluss gefasst werden.

„Die Anbahnung eines stufenweisen allmählichen Übergangs des deutschen Bundes in einen mitteleuropäischen Staatenbund, in welchem auch die ausserdeutschen Landesteile der österreichischen Gesamtmonarchie Platz greifen würden, bleibt der Erwägung anheimgegeben und wenn zur Ausführung dieses Gedankens der schickliche Zeitpunkt eintritt, wird hiebei von dem Grundsatz auszugehen sein, dass in diesem Falle der Bundesrat aus den ausserdeutschen Elementen des österreichischen Reichstages und mit einem oder mehreren österreichischen Regierungsorganen zu verstärken sein werde“.

Der Vertrag, der im Ganzen 29 Paragraphen enthält, verbreitet sich ausserdem über das Verhältnis der Bundesgesandtschaften und der Gesandten der Einzelstaaten, auf das Konsularwesen, die Einrichtung der Matrikelanlagen und der Bundeskassen, die ebenfalls nach Wien verlegt werden sollten, auf die Bildung einer gemeinsamen Kriegsmarine und den formellen Ausgleich zwischen den in Kraft stehenden Bundesbeschlüssen des alten und den aufzustellenden Bestimmungen des neuen deutschen Bundes.

Es mag im Einzelnen an diesem Entwurfe manches auszustellen sein, im Ganzen macht er nicht den Eindruck einer Utopie, denn er knüpft überall an die bestehenden, realen Verhältnisse an und legt keiner der Mächte, die sich damit zu beschäftigen gehabt hatten, unerschwingliche Opfer auf. Dass namentlich für Österreich ausserordentliche Vorteile aus der Aktivierung des weiteren deutschen Bundes entstanden wären, wird sich kaum bestreiten lassen. Hat Mensshengen dabei auch ein einheitliches, konstitutionell regiertes Kaisertum im Auge gehabt, wie es durch die Kremsierer oder die Schwarzenberg-Stadion'sche Verfassung hätte geschaffen werden sollen, so war die zentralistische Staatsform doch durchaus keine unbedingt notwendige Vorbedingung für das ganze Abkommen, dieses liesse sich auch den Verhältnissen anpassen, die später tatsächlich erwachsen sind.

Die Annahme und Durchführung des Bundesgedankens, dem Mensshengen eine sehr deutliche und bestimmte Verkörperung verliehen hat, hing ausschliesslich von der österreichischen Regierung ab. Der zweite Hauptpaziszent, der König Friedrich Wilhelm IV. von

Preussen hätte nach den genügend bekannten Dispositionen eine in diesem Sinne ausgearbeitete und von Österreich eingebrachte Vorlage mit Begeisterung angenommen. Auch die deutsche Nationalversammlung würde sich, wenn auch nach unendlichen Redeschlachten, dem einmütigen Antrage der Grossmächte, denen alle Kleinstaaten unbedingt Folge geleistet hätten, endlich unterworfen haben. Die ganze „Weidenbusch-Partei“, verstärkt durch die Österreicher und die konservativen Preussen (Radowitz u. A.) hätte eine imposante Mehrheit ergeben, gegen welche die demokratisch-republikanische Linke auf parlamentarischem Wege keine Erfolge erzielen konnte. Sie hätte ohne Zweifel ihre Revolution gemacht; diese würde aber keinen wesentlich anderen Verlauf genommen haben, als ihn der Sommer 1849 ohnehin dargethan hat. Die vier Königreiche (Baiern, Württemberg, Hannover, Sachsen) konnten selbstverständlich von dieser Lösung der deutschen Frage nicht sonderlich erbaut sein, es würde ihnen jedoch kaum gelungen sein, aus ihrer Misstimmung ein unüberwindliches diplomatisches Hindernis des angebahnten preussisch-österreichischen Abkommens zu gestalten, das die deutschen Patrioten aller Stämme als ein Werk der Weisheit und Selbstbeschränkung begrüsst haben würden.